

Stadtverordneten-Sitzung vom 26. Aug. 1870.

Anwesend 18 Mitglieder der Versammlung und Seitens des Magistrats der Herr Bürgermeister und der Herr Kämmerer.

Die Vorlage des Magistrats wegen Bewilligung eines Beitrages zur Linderung des augenblicklichen Nothstandes in der Rheinpfalz und Rheinheffen in Folge Aufrufs der Stadtbehörden in Berlin wurde zurückgezogen.

Der Antrag des Magistrats auf Wahl 9 neuer Mitglieder der Klassensteuer - Einschätzungs - Commission überwies die Versammlung der Wahl - Commission zur Auswahl und Invorschlagbringung geeigneter Personen.

Der Gasbetriebsbericht pro Juli cr. soll dem Magistrat mit dem Ersuchen um Vervollständigung und demnächstige Wiedervorlegung zurückgereicht werden.

Auf Vorschlag der Rechnungs - Revisions - Commission wurde Magistrat ersucht:

- a) die Stadthauptkassen - Rechnungen pro 1868 vor ihrer Dechargirung noch durch besondere Gewerbe- und Gebäudesteuer - Rechnungen zu vervollständigen;
- b) die vom früheren Einnehmer Herrn Koischwitz gelegten Klassensteuer - Rechnungen für 1868 und 1869 vorerst calculatorisch prüfen zu lassen.

Lauban. In der am 28. Juli abgehaltenen Abiturienten-Prüfung erhielt das Zeugniß der Reife der Primaner v. Wolff; am 9. August: die Primaner Schneider, Herzfeld; am 22. August: die Primaner Falke, Plathner, Wollmann, Scheurich.

† Zu dem in der evangelischen Kirche zu Marklissa mit einem Kostenaufwande von 2,500 Thlr. ausgeführten Neubau einer Orgel haben die Baronin von Bissing auf Schadewalde 500 Thlr., der Rittmeister von Zastrow auf Hartmannsdorf 50 Thlr., der Graf v. Rex auf Ober-Hartmannsdorf 50 Thlr., der Baron von Bissing auf Beerberg 25 Thlr., Herr Kammerherr von Zastrow 20 Thlr., Fabrikbesitzer Woller in Schadewalde 200 Thlr., die Kirchengemeinde 271 Thlr. 20 Sgr. 3 Pf. und ein Theil der Gemeinde Beerberg 7 Thlr. 11 Sgr. 6 Pf. freiwillig beigetragen.

Ausweisung der Deutschen aus Frankreich.

Die französische Regierung, welche noch vor Kurzem den Anspruch erhob, vorzugsweise den Ideen der Civilisation zu dienen, hat eine Maßregel ergriffen, deren Barbarei in ganz Europa verurtheilt wird.

Alle Deutschen sollen aus Frankreich ausgewiesen werden: mehr als 60,000 Deutsche, welche größtentheils als fleißige Arbeiter ihren Unterhalt in Frankreich gefunden und theilweise einen festen Wohnsitz und Familie dort gegründet haben, werden dadurch ins Verderben gestürzt.

Diese Maßregel hat einen Schrei des Unwillens

und der Entrüstung nicht bloß in Deutschland, sondern auch in den neutralen Staaten hervorgerufen.

Der „Preussische Staats-Anzeiger“ schreibt darüber:

„Ich führe Krieg mit den französischen Soldaten und nicht mit den Bürgern Frankreichs. Diese werden demnach fortfahren, einer vollkommenen Sicherheit ihrer Personen und ihres Eigenthums zu genießen, und zwar so lange, als sie sich nicht selbst durch feindliche Unternehmungen gegen die deutschen Truppen des Rechtes berauben werden, ihnen Meinen Schutz angeheben zu lassen.“

So lauten die Worte, welche der Königliche Oberfeldherr der deutschen Heere am 11. Aug. an das französische Volk richtete.

Als Antwort darauf hat zwei Tage später der Minister des Innern im gesetzgebenden Körper erklärt, „daß die Regierung Maßregeln treffe, um alle deutschen Unterthanen von französischem Boden zu vertreiben.“

Diese neueste Maßnahme der Machthaber Frankreichs bildet nur einen weiteren Schritt auf der Bahn der Vergewaltigung, mit welcher dieselben den Kriegsfall gestellt und den Krieg bisher geführt haben.

Im Anschluß an die einstimmige Haltung der hiesigen Blätter geben auch wir uns dem Vertrauen hin, daß die verbündeten deutschen Regierungen, gestützt auf den einmüthigen Willen der Nation, alle Mittel aufbieten werden, um unseren vertriebenen Brüdern jede irgend angängige Hilfe und Unterstützung zu gewähren. Keineswegs aber wird Deutschland — wie wir ebenso der festen Zuversicht sind, — im Bewußtsein seiner eigenen Würde und Ehre, an den Bürgern Frankreichs, welche friedlich unter uns leben, die terroristische Gewaltthat strafen, mit welcher das französische Gouvernement die beiden zu einem heilsameren Wettkampfe berufenen Nachbarvölker zu entzweien trachtet. Auch im Angesicht der ungerechten und barbarischen Verfolgung, welche über unsere deutschen Brüder hereingebrochen, werden wir der ehrwürdigen Sitte unserer Vorfahren gemäß das Gastrecht der Bürger Frankreichs achten, welche, auf den Schutz unserer Gesetze vertrauend, den deutschen Boden betreten haben.

Inzwischen sind bereits Tausende von unglücklichen Deutschen in Holland, Belgien und der Schweiz eingetroffen. Unsere Regierung ist bemüht, das Schicksal derselben vorläufig durch Gewährung der nothwendigsten Unterstützungen und freier Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen zu erleichtern.

Wirksamere Mittel der Abhülfe werden demnächst in Angriff zu nehmen sein. Auch die Bestignahme von den vormalig deutschen Provinzen Frankreichs wird dazu voraussichtlich Gelegenheit bieten.

* Wie im Jahre 1866, ist auch jetzt dem Königs-Wilhelms-Vereine in Berlin die Veranstaltung zweier Lotterien gestattet worden.